

ECONOMICS

BUNDESKANZLER MERZ KÜNDIGT WIRTSCHAFTSPOLITISCHE NEUAUSRICHTUNG AN

Dr. Jörn Quitzau, 15.05.2025

- **Deutschland steckt wirtschaftlich fest. Nach zwei Jahren mit leicht schrumpfender Wirtschaft droht auch 2025 Stagnation.**
- **In seiner ersten Regierungserklärung kündigte Bundeskanzler Friedrich Merz eine wirtschaftspolitische Neuausrichtung an. Inhaltlich neue Erkenntnisse brachte die Rede allerdings nicht.**
- **Zumindest verbreitete Merz rhetorisch etwas marktwirtschaftliche Aufbruchstimmung und kündigte ein neues Grundverständnis an, das vom Vertrauen – statt Misstrauen – in die Bürger und Unternehmen geprägt sein soll.**

Der neue Bundeskanzler Friedrich Merz hat heute seine erste Regierungserklärung im deutschen Bundestag abgegeben. Merz kündigte eine wirtschaftspolitische Neuausrichtung an, mit der die schwarz-rote Regierungskoalition aus CDU/CSU und SPD die Wirtschaft ankurbeln und den Standort Deutschland wieder auf Erfolgskurs bringen möchte.

Hintergrund: Anhaltende Wachstumsschwäche

Deutschlands Wirtschaft strauchelt. Das Land kommt wirtschaftlich seit Jahren nicht vom Fleck. In den Jahren 2023 und 2024 ist das deutsche Bruttoinlandsprodukt jeweils leicht gesunken. Dabei wird die zugrundeliegende Wachstumsschwäche durch die reinen BIP-Daten noch nicht einmal angemessen abgebildet, denn in den letzten Jahren ist die Bevölkerung aufgrund der hohen Nettozuwanderung gestiegen. Die Wirtschaftsleistung verteilt sich also auf mehr Bürger, sodass der Pro-Kopf-Wohlstand stärker abgenommen hat, als es die BIP-Zahlen vermuten lassen. Auch das Jahr 2025 dürfte kaum besser werden. Der Internationale Währungsfonds (IWF) sieht Deutschland mit einem Wirtschaftswachstum von 0,0% unter den grossen Wirtschaftsnationen am Ende der Wachstumsliga.

Sollte sich wirtschaftspolitisch nichts Gravierendes ändern, wird Deutschland auch künftig mit Mini-Wachstum zurechtkommen müssen. Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute sehen das mittelfristige Wachstumspotential in ihrer jüngsten Gemeinschaftsdiagnose nur noch bei rund 0,3%. Mit so wenig Dynamik lassen sich die Herausforderungen unserer Zeit kaum bewältigen.

Nicht alle Probleme sind hausgemacht. Die letzten Jahre waren geprägt von globalen Erschütterungen wie der Corona-Krise und den geopolitischen Spannungen einschliesslich dem Russland-Ukraine-Krieg. Doch schon vor diesen Erschütterungen hatte in Deutschland der Begriff IndustrieRezession die Runde gemacht. Die wirtschaftspolitischen Fehler haben sich über die letzten 10 bis 15 Jahre aufsummiert und die Versäumnisse und Fehlsteuerungen der letzten Legislaturperioden sind unübersehbar. Sie haben erheblichen Anteil an der aktuellen wirtschaftlichen Misere. Die Schwäche ist also alles andere als eine Momentaufnahme.

Abgesehen von den konkreten wirtschaftspolitischen Fehlsteuerungen hat Deutschland in Teilen aber auch ein Mentalitätsproblem. Der Gedanke, wirtschaftliches Wachstum sei beim heute erreichten Wohlstandsniveau verzichtbar, war in den letzten Jahren in der Gesellschaft erstaunlich weit verbreitet. So kam selbst im Bundeswirtschaftsministerium die Diskussion auf, ob das Bruttoinlandsprodukt – also die Wirtschaftsleistung – überhaupt noch das richtige Wohlfahrtsmass sei. Die Frage mag intellektuell interessant sein und sie wird auch auf europäischer Ebene schon lange diskutiert (Stichwort: „Beyond GDP“). Doch Deutschland steht im internationalen Wettbewerb und das heute erreichte Wohlstandsniveau fällt nicht einfach vom Himmel – selbst ein stagnierendes Bruttoinlandsprodukt muss Jahr für Jahr erst einmal erwirtschaftet werden. Deutschland braucht deshalb nicht nur eine wirtschaftspolitische Neuausrichtung, sondern auch einen Mentalitätswandel, wenn die anstehenden Herausforderungen bewältigt werden sollen.

Obwohl die Medien voll sind mit Berichten über den Niedergang der deutschen Wirtschaftskrise, ist die Krise offenbar noch nicht vollumfänglich in den Köpfen vieler Menschen angekommen. Das mag daran liegen, dass der Arbeitsmarkt noch in vergleichsweise stabiler Verfassung ist. Die Arbeitslosenquote ist zwar seit Mitte 2022 nach und nach von 5,0% auf 6,3% gestiegen, doch im längerfristigen Vergleich ist dies noch kein dramatischer Wert (s. Abbildung). Die Arbeitslosenquote gilt jedoch als nachlaufender Indikator, sodass von der relativ geringen Arbeitslosenquote keine Entwarnung abgeleitet werden kann.

Arbeitslosenquote Deutschland



Quelle: Macrobond

Regierungserklärung: „Verantwortung für Deutschland“

Seine erste Regierungserklärung hat Bundeskanzler Friedrich Merz mit dem Titel des Koalitionsvertrages, „Verantwortung für Deutschland“, begonnen und beendet. Er forderte gesellschaftlichen Zusammenhalt ein und kündigte eine Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik an. Inhaltlich präsentierte er zur wirtschaftspolitischen Neuausrichtung wenig Neues, sondern listete im Wesentlichen die bekannten Punkte aus dem Koalitionsvertrag auf: Steuererleichterungen, Infrastrukturprogramm, Neuausrichtung der Energiepolitik, CO₂-Bepreisung, Modernisierung und Digitalisierung der Verwaltung, weniger Berichtspflichten und Bürokratie (auch aus Brüssel), Grundsicherung statt Bürgergeld, Aktivrente und vieles mehr. Er warb für Freihandelsinitiativen und für eine vertiefte Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich.

Der Koalitionsvertrag ist weit von einer echten marktwirtschaftlichen Reformagenda entfernt. Für die Bewertung der deutschen Wirtschaftspolitik ist aber zu berücksichtigen, dass sich die deutsche Parteienlandschaft in einer Weise verändert hat, die immer öfter Parteien mit unterschiedlicher programmatischer Grundausrichtung zu Regierungskoalitionen zwingt. Die neue Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD hat in der Wirtschafts- und Finanzpolitik sehr unterschiedliche Vorstellungen. Die Unionsparteien unter Bundeskanzler Friedrich Merz stehen eher für marktwirtschaftliche Reformen, Stärkung der Arbeits- und Investitionsanreize sowie eine zurückgenommene Rolle des Staates. Die SPD setzt hingegen stärker auf staatliche Gestaltungsmacht sowie sozialen Ausgleich. In dieser Konstellation war eine echte Wachstumsagenda kaum zu erwarten. Die SPD hat ihre Positionen gemessen an ihrem schwachen Wahlergebnis erstaunlich stark in den Koalitionsvertrag einbringen können. Insofern brachte die heutige Regierungserklärung inhaltlich keine neuen Erkenntnisse.

Abseits der vorgetragenen Einzelpunkte waren die Zwischentöne und die Rhetorik von Bundeskanzler Merz interessant, denn hier zeigte sich etwas mehr marktwirtschaftliche Aufbruchstimmung. Die Vorgängerregierung setzte oft auf das Mittel der moralischen Appelle, um bei Bürgern und Unternehmen und Bürgern ein gewünschtes Verhalten zu erreichen. Friedrich Merz möchte offenkundig stärker auf ökonomische Anreize und auf die Eigenverantwortung des Einzelnen setzen. Dies ist erfahrungsgemäss wesentlich zielführender.

Merz kündigte zudem ein neues Grundverständnis der Regierung an: Bürgern und Unternehmen soll künftig nicht mehr mit Misstrauen begegnet werden, sondern mit Vertrauen. Die neue Regierung strebe kein ideologisches Grossprojekt an, bei dem den Bürgern etwas vorgeschrieben werden soll. Stattdessen setze die neue Regierung auf einen stabilen Ordnungsrahmen, innerhalb dessen Bürger und Unternehmen neue Wege gehen können. Vielversprechend klangen auch die Ausführungen zum Bürokratieabbau.

Letztlich wird sich aber auch die neue Regierung nicht an den Absichtserklärungen, sondern an den Ergebnissen ihrer Arbeit messen lassen müssen. So oft, wie Friedrich Merz während seiner Regierungserklärung das Wort «Verantwortung» verwendete, besteht zumindest Hoffnung, dass sich die neue Regierung stärker von der Verantwortungsethik (Max Weber) leiten lässt, bei der nicht primär die guten Motive des Handelns ausschlaggebend sind, sondern insbesondere die erzielten Ergebnisse. Dies wäre ein echter Unterschied zu den Vorgängerregierungen, die sich sowohl in der Wirtschaftspolitik als auch in anderen Politikbereichen allzu oft von guten Absichten leiten liessen – mit oftmals sehr enttäuschenden Ergebnissen. Ob Deutschland sein Wachstumspotenzial in den nächsten Jahren spürbar steigern kann und wirtschaftlich wieder auf die Beine kommt, hängt massgeblich davon ab, ob Bundeskanzler Merz seiner Rhetorik innerhalb der Koalition auch Taten folgen lassen kann.



Disclaimer

Die Bergos AG ist eine unabhängige Schweizer Privatbank mit Fokus auf Private Wealth. Sie ist im Jahr 2021 mit neuem Aktionariat aus ihrer vormaligen Muttergesellschaft, der 1590 gegründeten Berenberg Gruppe, hervorgetreten und seit über dreissig Jahren für internationale Privatkunden und Unternehmer am Schweizer Finanzplatz tätig. Ihr Hauptsitz ist in Zürich mit einer Niederlassung in Genf. Die Schweizer Privatbank hat sich dem „Human Private Banking“ verschrieben und ist auf Vermögensverwaltung und -betreuung spezialisiert. Mit über 130 Mitarbeitenden liegt der Fokus auf der kompetenten Beratung in allen bekannten liquiden und illiquiden Anlageklassen sowie in alternativen Anlagen und Private Markets. Unser «beyond money» Ansatz umfasst zudem Expertise in Kunst und Philanthropie. Unternehmerischen Kunden bietet Bergos Zugang zu M&A und anderen Corporate Finance-Dienstleistungen. Die Bergos AG bietet Privatkunden, Unternehmern und deren Familien einen ganzheitlichen, generationenübergreifenden Service, der neben Anlageempfehlungen auf Sicherheit, Neutralität, Internationalität und Weltoffenheit abzielt.

Diese Publikation dient ausschliesslich zu Informations- und Marketingzwecken. Die bereitgestellten Informationen sind nicht rechtsverbindlich und stellen weder Finanzanalysen, noch einen Verkaufsprospekt, ein Angebot für Investmenttransaktionen, eine Vermögensverwaltung oder eine Anlageberatung dar und ersetzen keine rechtliche, steuerliche oder finanzielle Beratung.

© Copyright Bergos AG.
Alle Rechte vorbehalten.